

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.06.2006**

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung bat, die Vorlage:

Ergebnisse aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006-2010 der Halleschen  
Verkehrs AG  
Vorlage: IV/2006/05844

als TOP 4.2 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Informationsvorlage wurde mit den  
Sitzungsunterlagen fristgemäß versandt. Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich  
einverstanden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wurde bestätigt:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16.05.2006
4. Vorlagen
  - 4.1. Sperrliste Vermögenshaushalt 2006
  - 4.2. Ergebnisse aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006-2010 der Halleschen Verkehrs-AG  
Vorlage: IV/2006/05844
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 16.05.2006**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

**zu 4 Vorlagen**

---

**zu 4.1 Sperrliste Vermögenshaushalt 2006**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Frau Weiß, Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Geier, Herr Dr. Pohlack und Frau Riese.

Herr Misch regte an, dass sich die Klassifizierungen der Maßnahmen (vertragliche oder gesetzliche Verpflichtung, Fortführungsvorhaben, Jahresansätze und Neubeginne) bei den Maßnahmen widerspiegeln sollten. Herr Geier nahm die Anregung auf.

Herr Geier erläuterte auf Anfrage von Herrn Weiland, dass die vorgelegte Sperrliste aus dem haushaltsrechtlichen Blickwinkel zu betrachten sei. Die Vergabeverfahren, die teilweise durch den Vergabeausschuss beschlossen werden, sind meist Fortführungsmaßnahmen. Die mögliche Freigabe der Mittel werde genau durch das Ressort Kämmerei vorher geprüft. Herr Dr. Pohlack fügte an, dass die Vorlagen nur in den Vergabeausschuss eingebracht werden, wenn die im Vorfeld durchgeführte Prüfung ergeben hat, dass diese haushaltsrechtlich in Ordnung sei. Frau Riese erläuterte, dass die beiden Beispielmaßnahmen aus dem Vergabeausschuss, die von Herrn Weiland exemplarisch genannt wurden, einmal eine Maßnahme darstelle, die zu 100 % durch Dritte finanziert sei und für die andere Maßnahme wurde ein Haushaltsrest gebildet, der durch den Ausschuss für Finanzen beschlossen wurde und nun ausgegeben werde.

Herr Weiland regte an, die Sperrliste im Stadtrat beschließen zu lassen.

Frau Riese wies darauf hin, dass es eine durch den Stadtrat beschlossene Prioritätenliste in Form des dem Haushaltsplan angefügten Investitionsprogrammes gebe. In diesem seien im beschlossenen Haushaltsplan 2005 die Prioritäten bis 2009 gesetzt.

Herr Geier sagte zu, dass die Sperrliste durch den Stadtrat beschlossen werde, falls durch das Landesverwaltungsamt die Kreditaufnahme nicht genehmigt werde.

Auf Nachfrage von Frau Weiß zum Stand des Haushaltes 2006 führte Herr Geier aus, dass zwar die Haushaltsansätze intensiv beraten wurden, aber momentan noch an der Finanzplanung und dem Haushaltskonsolidierungskonzept gearbeitet werde. Diese Ansätze konnten noch nicht vertretbar untersetzt werden und wurden deshalb auch noch nicht dem Ausschuss bzw. dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt, da die Verwaltung davon ausgehe, dass der jetzige Stand durch das Landesverwaltungsamt nicht genehmigungsfähig sei. Ein Terminwunsch zur Abstimmung der Problematik zwischen der Stadt und dem Landesverwaltungsamt wurde angemeldet.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch sagte Herr Geier eine Aufstellung über die Rücklagen der Stadt zum 30.06. und die Zinseinnahmen zu.

Die Verwaltung wurde bezüglich Punkt 4 der Vorlage – Sperrung von Eigenmitteln in Höhe von 80 T€ - gebeten zu erläutern, wie viel Fördermittel aufgrund der Sperre nicht beantragt werden können und für welches Projekt die Mittel geplant waren. Weiterhin wurde gebeten zu erläutern, wie die Differenz in Höhe von 100 T€ zu erklären sei bzw. die Vorlage zu berichtigen.

Herr Bönisch gab zu bedenken, dass bei einer Sperrung von Mitteln für P+R Nettleben, Erwerb von Gebäuden und Grundstücken, evtl. die gesamte Maßnahme nicht mehr sinnvoll sei und das gesamte Projekt gestrichen werden könne. Frau Riese sagte zu, dies zu prüfen.

Herr Geier informierte aufgrund einer Nachfrage von Herrn Wolter, dass die Mindestrücklage ohne Probleme abschmelzbar sei. Dies sei lt. Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt nicht genehmigungspflichtig.

Herr Wolter führte aus, dass sich die Verwaltung vor den Beratungen mit dem Landesverwaltungsamt das Veto des Stadtrates geben lassen sollte.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.06.2006 – öffentlicher Teil

Herr Geier erläuterte, dass er es im Sinne des Stadtrates für sachdienlich halte, diesem ein genehmigungsfähiges Exemplar vorzulegen. Die Fraktionen seien über die laufenden Gespräche aktuell informiert.

Da Frau Weiß danach fragte, führte Herr Geier aus, dass zurzeit in der Verwaltung geprüft werde, wie 150 – 200 Mio. € dargestellt werden können. Dies müsse sachlich richtig geprüft werden und die vorhandenen Spielräume seien denkbar klein.

Herr Bönisch fügte an, dass die Entscheidungsmöglichkeiten nicht vielfältig seien, wenn die Spielräume nicht so groß seien.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass ein realistischer Kassensturz erwartet werde. Seine Frage, ob dieser noch im Juli 2006 erwartet werden könne, wurde durch Herrn Geier nicht bestätigt.

Herr Wolter fragte, ob vor der Einreichung von Vorlagen in den Vergabeausschuss das Landesverwaltungsamt befragt werde. Frau Riese erläuterte, dass diese Verfahrensweise durch das Landesverwaltungsamt nicht mehr verfolgt werde, nachdem zuviel Anträge eingereicht wurden. Die Verwaltung könne nach den gesetzlichen Grundlagen nach eigenem Ermessen entscheiden.

Aufgrund der Anfrage von Herrn Bönisch führte Frau Riese aus, dass Anträgen auf Entsperrung in der Beigeordnetenkonferenz nicht stattgegeben wurde, da die notwendige Deckung nicht nachgewiesen werden konnte.

**Ergebnis:** Wiedervorlage in der kommenden Sitzung, um die offenen Fragen zu erläutern.

#### **zu 4.2 Ergebnisse aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006-2010 der Halleschen Verkehrs-AG - Vorlage: IV/2006/05844**

---

Es wurden keine Wortmeldungen und Nachfragen an Herrn Götte und Herrn Girard gewünscht.

#### **Ergebnis:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nimmt die Informationsvorlage zu den Ergebnissen aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006 bis 2010 der HAVAG auf Plausibilität und Umsetzbarkeit zur Kenntnis.

#### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anträge lagen nicht vor und mündliche Anträge wurden nicht gestellt.

#### **zu 6 Anfragen von Stadträten**

---

#### **Dach nt**

Herr Wolter fragte, ob die Planungsleistungen für die Sanierung des Daches des nt schon vergeben seien, aus welchem Etat die Mittel zur Deckung genommen werden und wie hoch die Planungskosten seien.

Er habe den Eindruck, dass die Konfliktlösung nicht offen und klar gesucht werde, da es viele Gerüchte gebe.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass aufgrund der bestehenden Dringlichkeit in der Beigeordnetenkonferenz die Entscheidung getroffen worden sei, 50 T€ für die Planung bereitzustellen. Diese Freigabe stelle den Rahmen für die Planung dar und solle lt. Vereinbarung in der Beigeordnetenkonferenz aus dem Etat des GB IV gedeckt werden. Die im Raum stehenden 600 T€ Dachsanierungskosten seien eine absolute Schätzung. Auf Anfrage von Herrn Dr. Meerheim teilte er mit, dass die Planung bis vor der Sommerpause abgeschlossen werden soll, um genau zu wissen, wie teuer die Sanierung werde und im Frühherbst mit dem Bau begonnen werden könne, um die Beispielbarkeit so schnell wie möglich zu sichern und Mindereinnahmen so gering wie möglich zu halten.

Herr Dr. Pohlack sagte unaufgeforderte aktuelle Informationen über den Fortgang des Projektes und die Herkunft der angebotenen Deckung zu.

### **Beteiligungsrichtlinie**

Herr Weiland fragte, wann die Verwaltung die Beteiligungsrichtlinie in den Ausschuss zur Behandlung einbringe?

Herr Geier antwortete, dass dies für die Julisitzung vorgesehen sei.

## **zu 7 Beantwortung von Anfragen**

---

### **Benefizveranstaltungen**

#### **Stadtwette mit Karl-Heinz Böhm**

Zu Beginn der Sitzung wurden die Antworten auf die beiden Anfragen aus der Sitzung am 16.05.2006 in schriftlicher Form übergeben.

## **zu 8 Anregungen**

---

Herr Wolter regte an, bei aktuellen Problemen oder Aufgabenstellungen mehr Transparenz beim Prozess und bei der verwaltungsseitigen Entscheidungsfindung zu bieten sowie das politische Veto verstärkt zu nutzen.

## **zu 9 Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Zentraler Service

Martina Beßler  
Protokollantin  
Referentin GB I